Jubiläum für Datenschutz und Informationsfreiheit

Am 1. November 2009 jährte sich zum dreißigsten Mal der Tag, an dem der erste Berliner Datenschutzbeauftragte, Hans-Joachim Kerkau, seine Amtsgeschäfte aufnahm. Nahezu zwanzig Jahre später übernahm sein Nachfolger, Hansjürgen Garstka, die zusätzliche Aufgabe eines Beauftragten für Informationsfreiheit im Land Berlin. Aus diesen Anlässen lud der jetzige Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alexander Dix, am 28. Oktober 2009 zu einer Festveranstaltung ins Abgeordnetenhaus von Berlin, zu der neben den beiden Amtsvorgängern auch zahlreiche Weggefährten und Gäste erschienen waren.

Nach der Begrüßung durch die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Karin Seidel-Kalmutzki, und Alexander Dix wies der stellvertretende Europäische Datenschutzbeauftragte Giovanni Buttarelli auf die Entwicklungen auf europäischer Ebene hin, wo durch den Vertrag von Lisabon die Chance eröffnet wird, zu einem einheitlich hohen Datenschutzstandard auch für die Bereiche von Polizei und Strafverfolgung zu gelangen.

In einem engagierten Plädoyer zeichnete der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum ein relativ optimistisches Bild der gegenwärtigen Situation des Datenschutzes. Die Skandale bei großen deutschen Unternehmen hätten das öffentliche Bewusstsein für die Notwendigkeit einer effektiven Datenschutzkontrolle geschärft. Besorgniserregend sei allerdings die Weitergabe von Daten insbesondere an Call Center und Dienstleistungsfirmen. Aus seiner Erfahrung als Prüfer bei der Deutschen Bahn lobte er die Entscheidung des Berliner Datenschutzbeauftragten, ein hohes Bußgeld zu verhängen, ebenso wie die Akzeptierung dieses Bußgeldbescheides durch den neuen Bahn-Vorstand. Zugleich kritisierte Baum die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse im staatlichen Bereich. Als einer der Beschwerdeführer gegen die Vorratsdatenspeicherung und das BKA-Gesetz mit der Befugnis zur Online-Durchsuchung erwartet er, dass das Bundesverfassungsge-

richt hier erneut korrigierend eingreifen werde. Die bisherige Tendenz des Gesetzgebers, Befugnisse der Sicherheitsbehörden immer wieder auszuweiten, nannte Baum in Anlehnung an den kürzlich verstorbenen Ralf Dahrendorf eine „Verführung zur Unfreiheit“.

Die Vorsitzende des Unterausschusses „Datenschutz und Informationsfreiheit“ im Berliner Abgeordnetenhaus, Marion Seelig, unterstrich die zunehmende Bedeutung des Datenschutzes auch in der politischen Diskussion und hob hervor, dass dies im zurückliegenden Bundestagswahlkampf eine erhebliche Rolle gespielt habe, was man an den Stimmenanteilen der Piratenpartei ablesen könne.

Peter Schaar, der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, hob den wichtigen Beitrag hervor, den alle Berliner Datenschutzbeauftragten zur Weiterentwicklung des Datenschutzes auf europäischer und internationaler Ebene geleistet haben. Dies gilt insbesondere für die Internationale Arbeitsgruppe zum Datenschutz in der Telekommunikation (international bekannt als „Berlin Group“), die vom Berliner Datenschutzbeauftragten 1983 gegründet wurde und seitdem unter seinem Vorsitz Stellung zu aktuellen Themen des Datenschutzes im Bereich von Telekommunikation und Medien nimmt. Den Koalitionsvertrag von CDU, CDU und FDP kommentierte Schaar verhalten positiv.

Karin Stötzner, die Berliner Patientenbeauftragte, hob die Bedeutung des Datenschutzes für die Patienten in einer zunehmend vernetzten Welt hervor. Nicht nur Krankenhausinformationssysteme, sondern auch die elektronische Fallakte und Dienste wie Google Health würden neuartige Fragen aufwerfen.

In seiner abschließenden Festansprache widmete sich Spiros Simitis, der Doyen des Datenschutzes, dem Thema „Prävention: Herausforderung und Grenze des Datenschutzes?“. Als Mitverfasser des weltweit ersten Datenschutzgesetzes (Hessen 1970) hob er die Rolle der Länder bei der Etablierung des Datenschutzes in

Deutschland hervor. Gerade der Berliner Datenschutzbeauftragte habe etwa im Krankenhausbereich Maßstäbe gesetzt, indem er sich mit dem Problem der Zugriffsbefugnisse und der zunehmenden Tendenz zum Outsourcing beschäftigt habe. Allerdings seien gerade im Bereich der medizinischen Versorgung und Forschung Entwicklungen festzustellen, die unter der Überschrift „Prävention“ Grundprinzipien des Datenschutzes wie Erforderlichkeit und Zweckbindung aus den Angeln zu heben drohten. Anschaulich analysierte Simitis anhand ausländischer Beispiele die Tendenz, gesellschaftliche Probleme durch große Datensammlungen (etwa die britische Biobank) lösen zu wollen. Auch staatliche Stellen würden verstärkt auf solche Datensammlungen zugreifen. Demokratie zeichne sich aber durch Informationsverzicht aus. Das Datenschutzrecht müsse deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden, um das Recht des Einzelnen auf Verhaltensfreiheit durchzusetzen. Erforderlichkeit sei kein geeignetes Kriterium mehr zur Begrenzung der Datenverarbeitung, weil im Zeitalter der Prävention alle Daten des Einzelnen als relevant und damit erforderlich eingestuft werden könnten. Französische Sicherheitsbehörden könnten nach einer neuen Blankettvorschrift Daten über Personen erheben, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen könnten. Das FBI wolle biometrische Methoden der Gesichtserkennung zur frühzeitigen Identifizierung potenziell verdächtiger Personen einsetzen. In Großbritannien führe die verpflichtende Einführung intelligenter Stromzähler dazu, dass Energieversorger direkt auf das Verbraucherverhalten Einfluss nehmen können. Insgesamt zog Simitis ein pessimistisches Resümee für den Fall, dass die Bedeutung des Datenschutzes als Funktionsbedingung einer demokratischen Gesellschaft nicht endlich erkannt würde.

*Alexander Dix
Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit*